

# Querstellen wie in Gladenbach!



„Aufstehen gegen Neonazis!“ 800 Menschen protestierten am 17. April in Marburg gegen Naziaufmarsch

**Dreimal wollten Nazis in Gladenbach marschieren. Jedesmal gab es Widerstand. Aber in Marburg gelang ihnen der größte Aufmarsch seit 1945.**

Manchen trieb es die Tränen in die Augen, viele waren wütend, dass über 400 Neonazis am 17. April im Marburger Sü-

den marschieren konnten. Da war es nur ein schwacher Trost, dass es einem breiten Bündnis von 40 Organisationen gelungen war, 800 Menschen auf die Straße zu bringen, um gegen den braunen Spuk zu protestieren.

In Gladenbach ging es nicht nur den GEW-LehrerInnen an der Europa-Schule

und der Friedensinitiative gegen den Strich, dass braune „Kameradschaften“ ihre Stadt seit Januar als Aufmarschgebiet auserkoren hatten. Der CDU-Bürgermeister Knierim und die Geschäftsleute stellten sich an die Spitze des Protests, wobei es allerdings nicht ausblieb, dass auch gegen Linke gewettert wurde.

Am 21. Februar hatten diese noch dafür gesorgt, dass die Nazis es bei einer Kundgebung belassen mussten. Knierim hatte vorher vergeblich versucht, den Aufmarsch zu verbieten.

Im Vorfeld der nächsten Nazi-Demonstration, fand am 1. April eine gut besuchte Bürgerversammlung in Gladenbach statt, auf der auch über Aktionen beraten wurde. 2300 Unterschriften wurden gegen die Rechtsextremen gesammelt.

Am 17. April fanden unter dem Motto „Bunt – nicht braun“ auf Straßen und Plätzen Mahnwachen, Infostände und andere Aktionen statt, um den Nazis keinen Raum zu lassen. Die Auflagen, die die Stadt den Nazis erteilt hatte, wurden jedoch vom Oberverwaltungsgericht Kassel teilweise aufgehoben. Es sollte ihnen erlaubt sein, auf den Marktplatz zu gelangen. 200 GladenbacherInnen sahen das anders und stellten sich quer – mit Erfolg.

Anders in Marburg. Bereits am 21. Februar konnten, nach ihrem Misserfolg in Gladenbach, etwa sechzig Neonazis unter dem Schutz der Polizei eine Demonstration vom Südbahnhof bis zum Unteren Richtsberg durchführen. Etwa 300 Gegendemonstranten wurden eingekesselt.

Fortsetzung S. 4

## In schlechter Verfassung

Ganz Europa wartete gespannt auf den Entwurf einer Europäischen Verfassung. Über zwei Jahre arbeitete der Europäische Konvent (eine Versammlung von Abgeordneten des EU-Parlamentes, von Regierungsmitgliedern und von VertreterInnen der am 1. Mai 2004 neu beitretenden Länder) unter Vorsitz des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valérie Giscard d'Estaing. In der Erklärung von Laeken (Dezember 2001) waren die Ziele einer Europäischen Verfassung festgelegt worden. So sollte die „Union den BürgerInnen näher gebracht werden“, die Verfassung „bürokratisches Handeln“ abbauen und die „europäischen Organe zu weniger Schwerfälligkeit und Starrheit“ angeregt werden.

Dies wurde nicht erreicht. Eine Minderheit der Konventsmitglieder veröffentlichte einen Gegenbericht, der die demokratischen Defizite des Verfassungsentwurfes aufzeigt. Anerkennenswert ist, dass die Rechte des Europäischen Parlamentes deutlich gestärkt, die europäische Sozialcharta in die Verfassung aufgenommen und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Achtung der Menschenwürde im Verfassungsentwurf erwähnt wurden.

Dem steht entgegen, dass in der Verfassung eine neoliberal geprägte Wirtschaftsordnung festgeschrieben werden soll. Dereguliertes Wettbewerbsrecht und ungebremste Marktöffnung machen aus Europa ein „Europa der Konzerne“. Die Mitgliedsstaaten werden zur Beteiligung an einer künftigen europäischen Interventionsstreitmacht und zu militärischer Aufrüstung gezwungen. Abrüstung und zivile Konfliktlösungen bleiben auf der Strecke. Auch kann die Ausweitung der Rechte des Europäischen Parlamentes nicht darüber hinwegtäuschen, dass mit dieser Verfassung kein „Europa der Menschen“ entsteht, sondern ein „Europa der Regierungen“ zementiert wird.

Gerade deshalb ist es wichtig, bei den Wahlen zum Europaparlament am 13. Juni die politischen Kräfte zu stärken, die sich für mehr Demokratie, für eine Volksabstimmung über die Verfassung, für die Durchsetzung der Sozialcharta und die europaweite Gleichstellung von Frau und Mann einsetzen. Bauen wir ein Europa von unten – mit Links!

Hans-Joachim Zeller

# Blaue Briefe bei sozialem Defizit

Ein anderes Europa, das die Menschen und nicht die Profite in den Mittelpunkt stellt, ist möglich

Von Sahra Wagenknecht

Der Chef des Thales-Konzerns, eine der größten europäischen Waffenschmieden, ist zufrieden mit der europäischen Entwicklung. Kein Wunder, Thales ist Teil jener mächtigen Lobby, die seit Anfang der Neunziger auf eine gemeinsame europäische Rüstungspolitik drängt, die sich möglichst an US-Maßstäben orientieren soll.

Mit dem Aufrüstungsgebot im EU-Verfassungsentwurf („Die Mitgliedsstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu erhöhen.“) und der vorgesehenen Rüstungsagentur sieht sich der Thales-Boss diesem Ziel ein gutes Stück näher. „Wir setzen große Hoffnungen in diese Institution“, sagte er kürzlich dem *Handelsblatt*, „da schreiten die Dinge wirklich voran. Vor vier Jahren sprach noch niemand davon, die EU auch

zu einer Militärmacht zu machen – heute ist das schon beinahe ‚common sense‘.“

Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen in EU-Europa wie in den einzelnen Mitgliedsstaaten sind nicht aus Versehen oder aus falscher Ideologie so, wie sie sind, sondern weil konkrete Interessen, untersetzt mit enormer wirtschaftlicher Macht, dahinter stehen. Die sogenannte Liberalisierung der europäischen Strom- und Gasmärkte hat seit Mitte der Neunziger europaweit etwa 80.000 Arbeitsplätze vernichtet. Die Kehrseite zeigt sich etwa in den Bilanzen der deutschen Energieriesen Eon und RWE, die dank dieser Politik in der Bundesrepublik zum marktbeherrschenden Duopol aufgestiegen sind und seither jährlich neue Gewinnrekorde vermelden. Die Stromrechnungen deutscher Haushalte sind heute höher als vor fünf Jahren.

Fortsetzung S. 8

Kundgebung zur EU-Wahl

**SAHRA  
WAGENKNECHT**

**9.6., 17 Uhr, Markt**

anschl.  
Talk im  
Knubbel-  
Center  
(19 Uhr)

**PDS**





# wann & wo

# Die Leere links von der Mitte

## Öffentliche PDS-Versammlung

Di., 4. Mai, 19.30 Uhr, PDS-Büro

## Plenum PDS/Marburger Linke

Thema: „Wie sinnvoll ist das Sparen der öffentlichen Hand?“

Referent: Günter Hieber (Politologe)

Do., 6. Mai, 20.00 Uhr, PDS-Büro

## Bundeswehr in alle Welt?

Verteidigungspolitische Richtlinien und EU-Integration

Referent: Tobias Pflüger (Informationsstelle Militarisierung, Tübingen)

Veranstalter: AStA-Referat „Intelligenter Frieden“ und Marburger Forum

Mi., 12. Mai, 20.00 Uhr, Hörsaalgebäude

## Afghanistan, Irak und kein Ende?

Referent: André Brie (Afghanistan-Beauftragter des Europaparlaments, PDS)

Di., 18. Mai, 17.00 Uhr, PDS-Büro

## Wer hat, dem wird gegeben

6 Jahre rot-grüne Reichthumpfleger  
PDS-Veranstaltung mit Harald Werner,  
ihrem gewerkschaftspolitischen Sprecher  
Mi., 26. Mai, 20.00 Uhr, DGB, Liebigstr. 21

## Öffentliche PDS-Versammlung

Di., 1. Juni, 19.30 Uhr, PDS-Büro

## Plenum PDS/Marburger Linke

Do., 3. Juni, 20.00 Uhr, PDS-Büro

## Militarisierung der EU und Europäische Verfassung

Ringvorlesung des ISEM und des ZfK:  
Konflikte in Gegenwart und Zukunft

Referenten: Dr. Peter Becker und PD Dr. Johannes M. Becker

Mo., 6. Juni, 18.30 Uhr, Hörsaalgebäude

## Kundgebung der PDS mit Sahra Wagenknecht

Mi. 9. Juni, 16.30 Uhr, am Markt, anschl.  
Talkrunde im Knubbel-Center (19.00 Uhr)

## Flüchtlingsgespräche

Theaterstück nach Bert Brecht

Veranstaltung der PDS

Mi., 9. Juni, 20.00 Uhr, Knubbel-Center,  
Ecke Schwanallee/Leopold-Lucas-Straße

## Wahlen zum Europaparlament

Wählen gehen!

So., 13. Juli, 8.00-18.00 Uhr

## Regelmäßige Termine:

### AG Kreispolitik der PDS

Montags, 20.00 Uhr, PDS-Büro

## Impressum

NEUES MARBURG

Herausgeberin: PDS Marburg-Biedenkopf

Redaktion und Vertrieb: PDS, Weidenhäuser Str. 78-80  
35037 Marburg, Tel.: 06421-163873

Redaktion: Renate Bastian, Nico Biver (verantwortlich),  
Florian Fuchs, Hajo Zeller

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion wieder. Titel und  
Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.

Layout: Nico Biver

Druck: Wetzlar Druck GmbH

Redaktionsschluss: 27.4.2004

PDS-Vorstandsmitglied Wolfgang Gehrcke sieht in den Plänen für eine neue Partei auch eine Kritik an der eigenen

Die PDS definiert sich links von der SPD. Wenn sie dort landesweit wahrgenommen würde, wäre nicht zu erklären, warum eine Initiative aus Gewerkschaftern, Bewegungen und bisherigen Mitgliedern von Parteien wie SPD und PDS eigene linke Alternativen zur Regierungspolitik entwickeln und, wenn nötig, mit Hilfe einer neuen Partei vertreten will. Was macht die PDS falsch?

Sicher einiges, sonst würde die Debatte um eine neue Partei in eine andere Richtung laufen. Wir müssen diese Initiative als Kritik auch an den Positionen der PDS verstehen. Unsere eigenen Reformvorstellungen waren offenbar zu wenig in der öffentlichen Debatte, auch weil wir uns viel zu sehr mit uns selbst beschäftigt haben. Darunter hat der Dialog mit alternativen Bewegungen und Initiativen gelitten. Und vielleicht konnten wir nicht deutlich genug machen, dass programmatische Ziele und durchsetzbare Politik zwei unterschiedliche Schuhe sind. Mit Sicherheit war die PDS zu wenig offensiv. Wird eine neue Linkspartei im Westen nötig, weil die PDS dort gescheitert ist?

Ich sehe das anders. Durch die Rechtsentwicklung der Sozialdemokratie, durch den Schröder-Kurs, siehe Agenda 2010, verlässt die SPD ihre klassische Domäne, kompetente Kraft zur Sicherung des Sozialstaats zu sein. Und die Politik globaler Militäreinsätze, wenn auch ohne Irak, kommt noch hinzu. Das hat viele bisherige Anhänger und Mitglieder der SPD

## Der 3. April war ein Anfang

„Zorn und Unzufriedenheit genügen nicht, so etwas muss praktische Folgen haben“, meinte einst Bert Brecht. In diesem Sinne war der 3. April 2004 ein guter Auftakt, dem weitere Schritte folgen müssen.

Über eine halbe Million Menschen waren es in Berlin, Köln und Stuttgart, weitere Hunderttausende in Rom, Paris, Brüssel und anderen europäischen Städten. Selbst in Ljubljana (Slowenien) forderten 15.000 Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter: „Wir wollen europäische Löhne.“

„Auf der Basis der Agenda 2010 gibt es keinen Schulterabschluss. Wer Löhne senken, Arbeitszeiten verlängern und die Mitbestimmung beseitigen will, muss seine Lektion lernen. Wer den Großkonflikt haben will, der kann ihn haben“, so Michael Sommer vom DGB am 3. April in Berlin an die SPD/Bündnisgrüne-Bundesregierung und die Opposition aus CDU/CSU und FDP gewandt. Richtig. Wir wollen hinzufügen: Auch auf



Reiner Schäfer

verprellt. Sie fanden in der Politik keine Ansprechpartner, denn der Weg zur PDS ist für viele zu weit. Es ist ein Vakuum entstanden, das wir nicht füllen konnten. Ein Vakuum hält sich in der Politik aber nie lange. Linke, die von ihren Parteien enttäuscht sind oder die Nase voll haben von parteipolitischen Innensichten – ich kenne das von den Grünen ebenso wie aus der DKP – ziehen sich aus der Politik oft zurück. Jetzt haben sie sich wieder aufgerafft, um die entstandenen Leerstellen zu füllen. Das ist ein Zugewinn an Kompetenz, ein Zugewinn für linke Politik. Ich möchte gern, dass die PDS in einen Dialog mit diesen Kräften kommt. Und wenn daraus eine Partei wird, die zu Wahlen antritt, wird man kooperieren. Sinnlos wür-

de ich finden, wenn zwei politische Kräfte auf der Linken sich gegenseitig unter die Fünf-Prozent-Marke versenken.

**Kann man das aufgestaute Oppositionspotenzial – Initiatoren der Wähleralternative schätzen es auf 20 Prozent – aus dem Stand in Wählerstimmen ummünzen?**

Man darf mindestens überlegen, wie man Wut, Enttäuschung und Resignation wieder in Politik umsetzen kann. Wenn die Menschen nicht mehr im ausreichenden Maße spüren, dass es Kräfte gibt, denen es nicht um das Wohl von Parteien, sondern um das der Menschen geht, werden immer einige nach Möglichkeiten suchen, um ihre Ziele konzentriert verfolgen zu können.

**Bei den Europa-Wahlen am 13. Juni will die PDS aus dem Tief heraus sein und die Fünf-Prozent-Hürde überspringen. Gibt es dafür jetzt noch eine Chance oder ist das Ziel verfehlt, bevor es anvisiert wurde?**

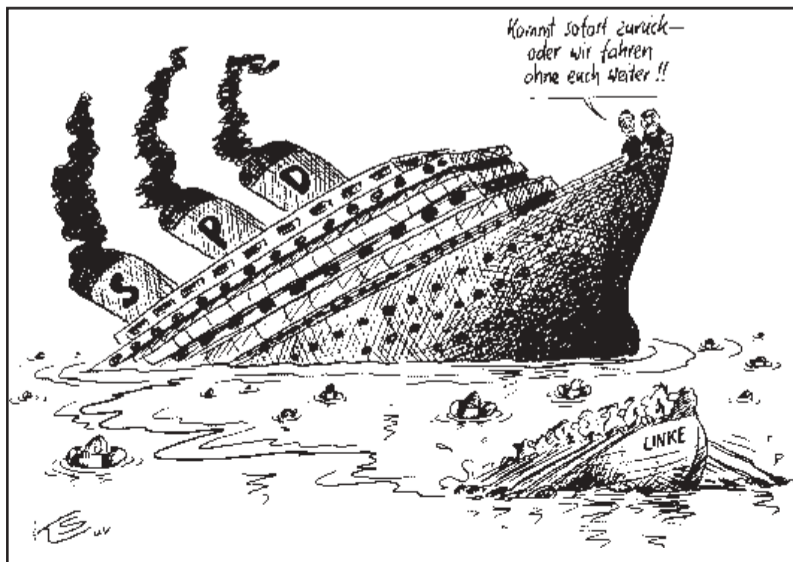
Wenn sich die Initiatoren der Wählerinitiative dafür entscheiden, in der PDS mindestens einen Dialogpartner zu sehen, sollte es auch ein Interesse geben, dass die gegenwärtig einzige bestehende Linkspartei in Deutschland bei den Europa-Wahlen günstig abschneidet. Wenn man allerdings zurückkehrt zu den alten Grabenkämpfen, wird man auch sich selber bremsen und linke Projekte auf Dauer nicht befördern können.

Gekürzt aus: Freitag, 26.03.2004

uns nicht beeindruckt. Natürlich haben die Gewerkschaften und die politische Linke in diesem Land sowie in Europa Alternativen! ver.di beispielsweise hat ein ganzes Paket von Alternativvorschlägen vorgelegt. Die PDS verfügt mit ihrer „Agenda sozial“ über ein gutes sozialpolitisches Alternativprogramm. Nur darüber wird in den Medien nicht berichtet. Der eigentliche Grund für die vereinheitlichte Behauptung, Gewerkschaften und politische Linke wären nur Neinsager und hätten keine Alternativen, ist ein anderer: SPD, Bündnisgrüne, CDU/CSU und FDP wollen den Menschen jede Hoffnung nehmen, dass eine bessere Zukunft überhaupt möglich ist.

„Unser Europa – frei – gleich – gerecht!“ ist das Mai-Motto des DGB. Das erinnert uns aber auch daran, dass am 13. Juni 2004 Wahlen zum EU-Parlament stattfinden. Im Sinne des europäischen Aktionstages gegen den Sozialabbau ist mehr als wichtig, dass die PDS, die als einzige im EU-Parlament vertretene deutsche Partei dort gegen den neoliberalen Mainstream steht, wieder mehr als 5% Wählerstimmen erhält, um erneut in das EU-Parlament einzuziehen.

Gerald Kemski, Bundessprecher der AG Betrieb & Gewerkschaft der PDS





# PDS/ML tritt bei OB-Wahl an

Wer für die sozialistische Fraktion kandidiert, steht erst nach der Sommerpause fest



## Marburger Linke im Stadtparlament

Die PDS/Marburger Linke ist ein kommunalpolitisches Bündnis aus Einzelpersonen und der PDS. Sie wurde 2001 mit 6,4 % der Stimmen viertstärkste Fraktion im Stadtparlament.

**PDS/Marburger Linke**  
Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg  
Tel.: 163873, Fax: 175618  
E-mail: marburger.linke@pds-marburg.de

### Stadtverordnete

**Henning Köster**, Tel. 65752  
**Eva Chr. Gottschaldt**, Tel. 961961  
**Astrid Kolter**, Tel. 979145  
**Pit Metz**, Tel. 682336

**Wenn am 30. Januar 2005 der Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin der Stadt Marburg neu gewählt wird, wollen auch die SozialistInnen mit einer Kandidatin oder mit einem Kandidaten dabei sein.**

Mit Namen halten sich die SozialistInnen noch bedeckt. „Nach den Sommerferien“, so Henning Köster, Fraktionsvorsitzender der PDS/Marburger Linke im Stadtparlament, „werden wir der Öffentlichkeit eine geeignete Persönlichkeit präsentieren“. Er ergänzt: „Bei der OB-Wahl geht es nicht nur darum, wer Oberbürgermeister dieser Stadt wird. Es geht auch darum, den Wahlkampf zu nutzen, um öffentlich über politische Alternativen zu streiten.“

Er selbst schließt eine Kandidatur für sich nicht aus, betont aber, dass die PDS/Marburger Linke am liebsten eine Frau ins Rennen schicken würde. Auch Eva Gottschaldt, stellvertretende Fraktionsvorsitzende der PDS/Marburger Linke, ist von einer Kandidatur der SozialistInnen überzeugt. „Die BürgerInnen der Stadt Marburg sollen sehen, dass es zu



Ein potenzieller Kandidat: Sozialistischer Fraktionschef Henning Köster

einer Politik der sozialen Demontage durchaus Alternativen gibt“.

Auf der kommunalpolitischen Agenda der PDS/Marburger Linke stehen neben der Auseinandersetzung um die Tarifflicht öffentlicher Unternehmen (Stiftung St. Jakob), die Diskussionen um die Funktion von öffentlichem Raum (Sanierung Nordstadt, Klinikviertel), vor allem die Folgen der „Operation düstere Zukunft“ durch Roland Koch und die Auswirkungen der (von Rot/Grün in

Berlin beschlossenen) Kürzungen der Arbeitslosenhilfe auf die Menschen in der Universitätsstadt. Diese Themen wären auch für Pit Metz, Stadtverordneter der PDS/Marburger Linke und Betriebsratsvorsitzender der Blista, ein Feld, auf dem „zu ackern wäre, um den anderen zu zeigen, was eine sozialistische Harke ist“.

Bisher haben Bürgermeister Egon Vaupel für die SPD und die Grünen, Jan Röhlmann für die FDP und Bürger für Marburg sowie Gregor Huesmann für die Marburger Bürgerliste ihren Hut in den Wahlkampf geworfen.

Die CDU will, nachdem Christian Heubel als Kandidat verbrannt ist, nach der Sommerpause das Ergebnis ihrer Kandidatenkür präsentieren.

Noch einmal Henning Köster: „Wir wollen den OB-Kandidaten der rot-grünen Mehrheit, Bürgermeister Egon Vaupel, nicht mit den drei bürgerlichen Kandidaten allein lassen. Er soll und muss sich auch mit den Vorstößen und Vorschlägen von links auseinandersetzen“.

Druck von dieser Seite zu entfalten,

könnte eine Aufgabe für Pia Maier, ehemalige PDS-Bundestagsabgeordnete, sein. Doch zieht es die Büroleiterin der Berliner Sozialsenatorin zur Zeit nicht wieder an die Lahn zurück. Nico Biver, ehrenamtlicher Stadtrat der PDS meint: „Wir gehen das Thema ganz gelassen an. Mit Hochdruck stürzen wir uns jetzt in den Europawahlkampf. Ich bin sicher, nach einem guten Wahlergebnis werden wir die Suche nach einem geeigneten „Druckmittel“ in der Sommerpause erfolgreich abschließen“. Hajo Zeller

## Beratung zur Tarifflicht

Deloitte & Touche setzen bei Blista und Stiftung St. Jakob auf Lohndumping

**Der Firmenname klingt nobel, ist es aber nicht. Bei Deloitte & Touche handelt sich um ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen, das auch bei städtischen Gesellschaften gerne eingesetzt wird.**

Da lässt sich Marburg nicht lumpen: Die Altenpflegeeinrichtung Stiftung St. Jakob und die Blindenstudienanstalt sind dran. Und die Quiz-Frage ist längst beantwortet. Es soll gespart werden. Auf wessen Kosten? Auch klar. Tarifvertraglich festgelegte Rechte der Beschäftigten werden ausgehebelt, soziale Stan-

dards abgesenkt. Auf der Homepage des besagten Unternehmens klingt das so: „Verwaltungsmodernisierung mit neuen Strukturen und Privatisierungsprozessen“, „von der Unternehmensgründung bis zur betriebswirtschaftlichen Beratung begleiten wir Kommunen zum Erfolg.“

So geschehen auch bei der Umwandlung der Stadtwerke in eine GmbH. Damals hieß der deutsche Zweig von D&T noch WEDIT. Ein Ergebnis ihrer Beratung ist die Gründung der MaBus GmbH, wo die BusfahrerInnen sich mit einem 40 Prozent niedrigeren Tarif begnügen müssen. Bei D&T wird das so umschrieben: „Die

Personalausgabenstruktur den Gegebenheiten anpassen.“

Die MitarbeiterInnen der Stiftung St. Jakob und der Blindenstudienanstalt spüren zur Zeit hautnah, was es heißt, wenn sich alles „rechnen muss“. Der Mensch, die soziale Dienstleistung – alles nur noch Kostenfak-

toren. Und was sich nicht rechnet, fliegt raus, wird privatisiert, Tarife werden gekündigt. Pech, dass das für die Beschäftigten weniger Geld bedeuten soll. Kein Wunder, dass auch unter städtischen Mitarbeitern mittlerweile die Angst umgeht. „Doppik“ ist der Fachausdruck für die betriebswirtschaftliche Denke, dass Kosten den Verursachern zugeordnet werden. Wenn zum Beispiel ein Kindergarten die Grünanlagen von einem städtischen Arbeiter pflegen lässt, gehen diese Kosten in das Budget des Kindergartens ein, während sie bei der kameralistischen Verrechnung dem Grünflächenamt zugeordnet waren. Der Kindergarten wird dann teurer. Wenn die Gebühren und Elternbeiträge das nicht mehr decken, müssen sie eben erhöht werden. So geschehen in Marburg, durch die rosa-grün-schwarze Parlamentsmehrheit. Ähnliches spielte sich bei den Müllgebühren ab. Sie erhöhten sich, weil der Gewerbemüll neuerdings durch Privatfirmen entsorgt wer-

den darf und damit die Einnahmen der Stadt sanken. Nach „doppischem Denken“ spart die Kommune, zahlen die Bürgerin und der Bürger, kassiert der „Private“. Pit Metz



Pit Metz, Stadtverordneter der PDS/ML



Die Stiftung St. Jakob will Betriebsteile in den Niedriglohnbereich auslagern

### Parmalat gesund gerechnet

Im Zusammenhang mit der Zahlungsunfähigkeit des italienischen Lebensmittelkonzerns Parmalat leitete die Brüsseler Staatsanwaltschaft ein Strafverfahren gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Deloitte & Touche ein. Anlass ist die bewusst verschleppte Insolvenz und die verschleierte Überschuldung, die sich schon Jahre zuvor abzeichneten und von den Wirtschaftsprüfern in ihren Berichten vertuscht wurden. Deloitte & Touche rechnete Parmalat

bilanziell gesund, um sich als Prüfungsgesellschaft weiterhin ein großes Stück vom Parmalat-Kuchen abschneiden zu können. Bei einem 19 Milliarden Euro schweren Unternehmen dürften das über die Jahre viele, viele Millionen Euro ausgemacht haben.

Nach eigenen Angaben „betreut“ Deloitte & Touche mit weltweit 120.000 MitarbeiterInnen Unternehmen in 150 Ländern und macht dabei einen Umsatz von 15,1 Milliarden Dollar. Eine halbe Milliarde davon wird in Deutschland kassiert.



## Kurz & bündig

### Checkliste zur Sozialhilfe

Menschen, die auf dem Sozialamt Hilfe zum Lebensunterhalt (Sozialhilfe) beantragen, beklagen immer wieder, dass die MitarbeiterInnen des Sozialamtes sie nicht ausreichend über ihre Rechte informieren. Die PDS/Marburger Linke hat deshalb beantragt, das bisherige Vorgehen abzuändern. Durch eine Checkliste, die der hilfesuchenden Person ausgehändigt und erläutert werden soll, hoffen die SozialistInnen mehr Transparenz und größere Informationsdichte zu erreichen. Die Checkliste soll die Angebote und Möglichkeiten des Sozialamtes bei der Hilfe zur Selbsthilfe in kurzen Worten beschreiben.

Das geänderte Verfahren bietet den hilfesuchenden Personen die Sicherheit, vollständig und umfassend informiert zu werden. Im Gegenzug schützt es die MitarbeiterInnen des Sozialamtes vor dem Vorwurf, Informationen nicht vollständig weiterzugeben.

### Kein „Fest ohne Grenzen“?

Der Versuch, am 4. Juli auf dem Marktplatz ein internationales „Fest ohne Grenzen“ als Alternative zum „Marktfrüh-schoppen“ auszurichten, ist vorerst gescheitert, weil der Platz bereits im Februar an die Stadtteilgemeinden vergeben wurde. Die PDS hat einen diesbezüglichen Antrag, der den Wunsch des AStA unterstützen sollte, zurückgezogen.

Gemeinsam mit SPD und Grünen fordert sie jetzt die Veranstalter auf, sich von den rechtsextremen Burschenschaften zu distanzieren. Außerdem soll der Magistrat eine Arbeitsgruppe einrichten, an der auch AStA und DGB beteiligt sein sollen, um ein Konzept für ein anderes Fest im nächsten Jahr zu erarbeiten.

### Krummbogen ohne Lebensgefahr

Wer den Parkplatz unter der Stadtautobahn am Krummbogen zu Fuß verlassen will, lebt gefährlich. Der starke Verkehr auf der Straße und die Unübersichtlichkeit durch parkende Busse, die Radwege und mehrere Ausfahrten auf der anderen Straßenseite erschweren das Überqueren der Straße. Das Stadtparlament hat einen Antrag Henning Kösters (PDS/ML) angenommen, hier eine Querungshilfe einzurichten.



Nico Biver

Fortsetzung von S. 1

# Querstellen wie in Gladenbach

Mut zu zivilem Ungehorsam ist erforderlich, um den Neonazis auch in Marburg Einhalt zu gebieten



Birgit Schärer

Am 21. Februar wurden die Nazi-GegnerInnen am Südbahnhof von der Polizei eingekesselt

Während die autonomen Antifa-Gruppen es für den 17. April als sinnvoll ansahen, das vogelsbergische Kirtorf zu besuchen, um dort die Schließung eines Zentrums der Nazi-Gruppen zu fordern, setzte das Marburger Bündnis gegen Rechts auf eine breitere Mobilisierung in der Stadt.

Dies gelang aber nur zum Teil. Schuld daran war nicht nur die Weigerung der rechten Mitte, sich überhaupt an Aktionen zu beteiligen, sondern auch das Unvermögen der linken Mitte initiativ zu werden und wirksam zu mobilisieren.

Die PDS/Marburger Linke hatte am 27. Februar in einem Antrag an das Stadtparlament vom Magistrat gefordert, endlich Stellung gegen die Naziaufmärsche zu beziehen. Alle Fraktionen unterstützten dies und der Magistrat gab am 15. März einmütig eine entsprechende Erklärung ab. Darin erschöpfte sich allerdings seine Tätigkeit. Ein Antrag der PDS/ML, den Aufruf zur antifaschistischen Demonstration zu unterstützen, scheiterte

am 26. März im Stadtparlament am Widerstand von CDU, FDP, BfM und MBL.

Ob der 17. April ein heilsamer Schock war, wird sich zeigen. Die Taktik der Ordnungsbehörden und Oberbürgermeister Möllers, die rechtsextremen Aktivitäten totzuschweigen und in Außenbezirke abzurängen, ist nicht aufgegangen. Ein erneuter Aufmarsch ist für den 19. Juni angedroht.

Die PDS/Marburger Linke appelliert deshalb an die Marburger Öffentlichkeit, sich zu einem breiten Bündnis zusammenzuschließen, um den Neonazis in Zukunft durch eine stärkere Mobilisierung und vielfältige Aktionen wirksamen Widerstand zu leisten.

Vom Magistrat verlangt sie eine Bürgerversammlung einzuberufen, um gemeinsame Aktionen zu beraten, und künftig tatsächlich alle rechtlichen Mittel gegen die Neonazis einzusetzen und ihre Aufmärsche zu verbieten. Ob man damit Erfolg haben kann, ist sicherlich

zweifelhaft, denn nach wie vor ist die Justiz auf dem rechten Auge blind. Am 17. April wurde tatsächlich eine Demonstration verboten – die der antifaschistischen Gruppen in Kirtorf.

Mit einem Verbot würde der Magistrat aber seine Entschlossenheit gegen die Nazis vorzuziehen unterstreichen. Im Falle einer Aufhebung durch die Gerichte, sollte es nicht das oberste Ziel des Magistrats sein, einen reibungslosen Ablauf der Nazimärsche zu garantieren, sondern genau das Gegenteil. Das würde bedeuten, den geplanten Verlauf der Demonstrationsrouten der Nazis nicht länger geheim zu halten. Und das erfordert ein bisschen Mut zu zivilem Ungehorsam, wie ihn die ansonsten braven BürgerInnen Gladenbachs aufbrachten. Wenn sich der Magistrat und die weitere Marburger Prominenz den Nazis in den Weg stellen würde, wäre wohl kaum damit zu rechnen, dass sie von der Polizei eingekesselt und erkennungsdienstlich behandelt würden, wie es bei 72 AntifaschistInnen am 17. April geschah. Einige tausend MarburgerInnen würden sicherlich hinter ihnen stehen.

Nico Biver

### Nächstes Treffen des Koordinationskreises gegen Naziaufmärsche:

Dienstag, 4. Mai, 18.00 Uhr, DGB-Haus, Liebigstr. 21, Tel. 23060



Stephan Stillingen

Nico Biver, Stadtrat, aktiv im Bündnis gegen Rechts

## Nachgefragt

### Diskretion im Ausländeramt

Obwohl mehrere Betroffene gleichzeitig in einem Raum im Ausländeramt vorsprechen müssen, behauptet der Magi-

strat in einer Antwort an Henning Köster, dass die Diskretion gewahrt bleibe. BesucherInnen des Amtes hatten berichtet, dass man Gespräche an den anderen Tischen im Raum mithören konnte.

### 50-Meter-Becken zu teuer?

Gefragt, was eine Erweiterung des 25-Meter-Beckens des AquaMar auf 50 Meter kosten würde, verwies Bürgermeister Vaupel darauf, dass bei der Planung der jährliche Mehraufwand auf 433.000 DM veranschlagt worden war. Da aber eine Erweiterung teurer sei als eine größere Auslegung von vornherein, kämen weitere Kosten hinzu.

### MEG unterbietet DBM

Die Müllgebühren, die die Marburger Entsorgungsgesellschaft (MEG), eine Tochter der Stadtwerke, bei gewerblichen Kunden kassiert, liegen „deutlich unter den Gebühren der Marburger Abfallsatzung.“ Dies antwortete OB Möller auf eine Anfrage von Pit Metz

### Problemlos abgeschoben?

Zwischen Januar 2000 und Februar 2004 wurden 65 ausländische Personen von der Marburger Ausländerbehörde abgeschoben. Darunter waren 25 Frauen, 33 Männer und 7 Kinder und Jugendliche. Dies ergab eine große Anfrage der PDS/ML-Fraktion.

Unter den Ländern, in die abgeschoben wurde, waren vor allem osteuropäische. Auch einige Staaten, in denen die Menschenrechte verletzt werden, zählen zu den Zielen, in die die ehemaligen MarburgerInnen verfrachtet wurden: Algerien, China, Sudan, Türkei.

Laut den Antworten des zuständigen dezenten OB Möller, fanden alle Abschiebungen „am Tage“ statt und hatten alle Betroffenen ausreichend Gelegenheit mit ihren AnwältInnen zu reden. Auch soll niemand Widerstand geleistet oder Selbstmord versucht haben. Lediglich eine Person sei krank auf die Flugreise geschickt worden. Über das weitere Schicksal der abgeschobenen verfügt OB Möller über keine Informationen.



# Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen!

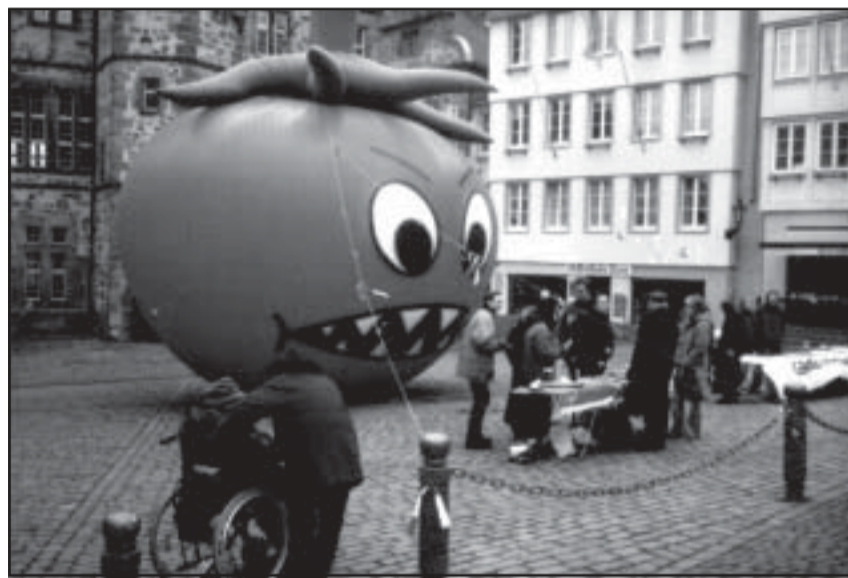
PDS bringt Anträge des BUND in Parlamente ein

Alle reden von Gentechnik – aber fast kein Bauer sät gentechnisch verändertes Saatgut aus. Zum Glück! Denn wenn die Gensaat erst mal aufgeht, kommt der Widerstand zu spät. Bienen, Insekten und Pollen machen an Feldgrenzen nicht halt. Ist die Gentechnik erst einmal auf unseren Feldern, ist dieser Weg nicht mehr umkehrbar. Ein Nebeneinander in Koexistenz ist nicht möglich!

Mit der Wahlfreiheit für die VerbraucherInnen ist es dann auch vorbei. Die Kennzeichnungspflicht, die am 18. April 2004 in Kraft trat, geht ins Leere, da Eier, Milch und Fleisch von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) gefüttert wurden, nicht kennzeichnungspflichtig sind.

Vier von fünf BundesbürgerInnen lehnen den Einsatz der Gentechnik in der Landwirtschaft und der Lebensmittelproduktion ab. Auch aus diesem Grund unterstützt die PDS Marburg-Biedenkopf eine bundesweite Aktion des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND). Unter dem Motte „Keine Gentechnik auf

kommunalen Flächen! Keine Gentechnik auf Kirchenland“ versucht der BUND möglichst viele Menschen dafür zu ge-



Gentomate in Marburg: Aktion von BUND, attac, Weltladen und Greenpeace

winnen, sich gegen den Einsatz der „Grünen Gentechnik“ auf heimischen Feldern auszusprechen. Die Fraktionen der PDS/Marburger Linke im Kreistag und im Stadtparlament haben gleichlautende Anträge auf den Weg gebracht, damit auf den Einsatz von GVOs auf kommunalen Flächen im Landkreis Marburg-Biedenkopf verzichtet wird. Nach einer kleinen redaktionellen Änderung wurde der Antrag vom Umweltausschuss der Stadtverordnetenversammlung gegen die Stimmen der CDU zur Annahme empfohlen. Mit einem gemeinsamen Anschreiben



**PDS Fraktion im Kreistag**

Bei den Kommunalwahlen vom 18.3.2001 errang die PDS 2,4 % der Stimmen und zwei Sitze im Kreistag Marburg-Biedenkopf.

**Fraktion der PDS im Kreistag**  
Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg  
Tel.: 163873, Fax: 175618  
E-mail: pds-marburg@t-online.de

### Kreistagsabgeordnete

**Anna Hofmann**, Fraktionsvorsitzende  
Tel. 06421-9175791  
**Georg Fülberth**, Tel. 06421-26171

und Landwirte den Einsatz von GVOs ablehnen, desto geringer werden die Chancen für die ‚Grüne Gentechnik‘. Wir lehnen den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ab, weil weder die Auswirkungen von gentechnisch veränderten Lebensmitteln auf die menschliche Gesundheit, noch die ökologischen Risiken der ‚Grünen Gentechnik‘ auch nur annähernd abzuschätzen sind“.

Hajo Zeller

### Weitere Informationen:

www.genug-wto.de, www.bund.net  
Aktionsbündnis „Gentechnikfreie Region Marburg-Biedenkopf“. Matthias Fries, Tel. 06452/5217  
Sabine Altmann (attac Marburg), sabine.altman@wagner-solartechnik.de  
Hajo Zeller, PDS, Tel. 06421/163873

## PDS-Anträge im Kreistag 2004

### Anträge zum Kreishaushalt 2004:

Die PDS beantragte die Zuschüsse für die Jugendberufshilfe, Jugend- und Drogenberatungsstellen, Schuldnerberatungsstellen und psychosoziale Einrichtungen im Landkreis deutlich zu erhöhen. Damit sollten die Kürzungen des Landes Hessen in diesen Bereichen ausgeglichen werden. Als Gegenfinanzierung wurde eine Erhöhung der Gewinnausschüttung der Sparkasse Marburg-Biedenkopf vorgeschlagen.

Die Anträge wurden bei Enthaltung der SPD-Abgeordneten von den übrigen Kreistagsabgeordneten abgelehnt.

### Initiative zur Schaffung einer hessischen Gemeindekammer

Um die finanzielle Ausblutung der Kommunen zu verhindern, regte die PDS-Fraktion an, der Kreisausschuss möge die Initiative zur Schaffung einer Gemeindekammer in Hessen ergreifen. Nach wohlwollender Diskussion und einem Änderungsantrag der SPD wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

### Teilnahme am Wettbewerb Wald 21... ‚ne Menge Holz

Die Koalitionsmehrheit erklärte zusammen mit den Republikanern den Antrag für erledigt, nachdem der erste Kreisbeigeordnete McGovern versprach, die Städte und Gemeinden im Landkreis über den Wettbewerb zu informieren.

### Aktuelle Stunde: Situation und Selbstverständnis des Kreistags

Da die Sitzung im März „mangels Masse“ abgesagt wurde (es stand lediglich ein

Antrag der PDS und eine Große Anfrage der SPD auf der Tagesordnung) und auch im Januar 2003 eine Sitzung aus denselben Gründen ausfiel, will die PDS-Fraktion eine grundsätzliche Aussprache über den Zustand des Kreistags herbeiführen.

### Anteil an der Ausgleichsabgabe für die hessischen Landkreise

Der Kreisausschuss wird aufgefordert, gegenüber der hessischen Landesregierung dafür einzutreten, dass der Anteil des Landkreises an der Ausgleichsabgabe nach dem Naturschutzgesetz in bisheriger Höhe erhalten bleibt.

### Girokonto für alle

Der Kreisausschuss soll die Banken im Landkreis an ihre Selbstverpflichtung erinnern, jedem Menschen im Landkreis ein Girokonto auf Guthabenbasis einzurichten. Geldinstitute, die diese Selbstverpflichtung nicht erfüllen, sollen vom Geschäftsverkehr des Landkreises ausgeschlossen werden.

### Verfahrensänderung bei Antrag auf Sozialhilfe

Der Antrag zielt darauf ab, die Beratung für AntragstellerInnen auf Sozialhilfe zu verbessern.

### Keine Gentechnik auf kommunalen Flächen

Der Kreisausschuss soll verpflichtet werden, auf kreiseigenen Flächen keine Grüne Gentechnik zuzulassen. Außerdem soll er die Bemühungen heimischer Landwirte unterstützen, den Landkreis als gentechnikfreie Region zu erhalten.

an die Ortslandwirte des Landkreises Marburg-Biedenkopf versuchen die Fraktionen auch außerhalb des parlamentarischen Raumes BündnisgenossInnen für dieses Vorhaben zu gewinnen.

Der umweltpolitische Sprecher der PDS Hessen, Hajo Zeller, führt dazu aus: „Um die ‚große Politik‘ in Berlin und Brüssel auf Trab zu bringen, ist ‚Politik von unten‘ gefragt. Je mehr Gemeinden

## Kreistag im Koma?

Die März-Sitzung wurde abgesagt, weil Anträge fehlten

Am 26. März 2004 fiel zum zweiten Mal in dieser Legislaturperiode eine Kreistagsitzung aus. Gerhard Bartussek, Vorsitzender des Kreistages, stellte angesichts der dürftigen, vorläufigen Tagesordnung (ein Antrag der PDS, eine Große Anfrage der SPD) den Fraktionen im Kreistag die Frage, ob die Sitzung wie vorgesehen durchgeführt werden solle.

„Mit großen Bedenken“, so Anna Hofmann, Fraktionsvorsitzende der PDS im Kreistag, „stimmen wir der Absage zu. Wir haben kein Interesse daran, dass der Kreistag sich selbst vorführt, indem er sich für eine halbe Stunde trifft, um einen PDS-Antrag abzulehnen“. Sie führt weiter aus: „Unserer Ansicht nach machen diese Vorfälle eine grundsätzliche Aussprache über das Selbstverständnis des Kreistages notwendig. Deshalb beantragen wir für die Sitzung am 14. Mai eine aktuelle Stunde zu diesem Thema“. Ihr Fraktionskollege Georg Fülberth ergänzt: „Es ist an der Zeit, dass die beiden peinlichen Vorfälle die anderen Mitglieder des Kreistags zum Nachdenken über die Ursachen und möglicherweise zu ziehenden Konsequenzen anregen“.

Nachdem das Kind in den Brunnen gefallen und die PDS eine aktuelle Stunde beantragt hatte, meldete auch Werner Hesse, Fraktionschef der SPD, via „Marburger Neue Zeitung“ Bedenken gegen die Absage an. Er beklagte zwischen den Zeilen das Verhalten der Mehrheit im Kreistag als „unparlamentarisch“, weil diese ihre Mehrheit nutzt. Die größte Fraktion im Kreistag fragte allen Ernstes, ob es nicht Aufgabe der Kreisverwaltung wäre, die Sitzung mit mehr Leben zu füllen.

Herrn Hesse und vielen anderen Mitgliedern des Kreistages stände ein Blick in die Hessische Landkreisordnung gut zu Gesicht. Dort steht in § 8: „Der Kreistag ist das oberste Organ des Landkreises. Er trifft die wichtigen Entscheidungen und überwacht die gesamte Verwaltung“. Messerscharfer Schluss: Wichtige Entscheidungen werden von Februar bis Mai nicht gefällt und die Überwachung fällt in dieser Zeit der Frühjahrs-müdigkeit zum Opfer. Auf diese Weise wird kommunale Selbstverwaltung ad absurdum geführt.

Frank Obersinn



## Ein vorbildlicher Sozialist

Am 29. Januar 2004 starb der ehemalige Stadtverordnete Josef Dörrich



**Eine Generation Marburger Sozialistinnen und Sozialisten verlor durch den Tod Josef Dörrichs ein Vorbild, das sie geprägt hat.**

Josef Dörrich wurde am 9. Dezember 1922 im Sudetenland geboren. Als 1938 die Hitlerfaschisten dorthin kamen, wurde er – noch nicht sechzehn Jahre alt – erstmals verhaftet. In seinem Dorf hatte sich ein Emigrant aus Deutschland versteckt, und Jupp Dörrich sollte Aussagen dazu machen. Obwohl er schwer misshandelt wurde, schwieg er.

Nach seiner Lehre als Werkzeugmacher

wurde er Soldat. In Italien gelang ihm der Übergang zu den Partisanen. Nach dem Krieg verschlug es ihn nach Marburg. 1948 wurde er für die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. 1950 kam er ein zweites Mal in Haft. Er hatte einen US-Soldaten vor Verfolgung geschützt und ihm zur Flucht in die DDR verholfen. 1951 legte er sein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung nieder, damit seine Genossin Cilly Schäfer nachrücken konnte. Dies wurde nötig, um eine Wende in der Stadtpolitik einzuleiten: der Sozialdemokrat Georg Gassmann brauchte bei der Wahl zum Oberbürgermeister jede Stimme.

Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis in Butzbach war Josef Dörrich kurze Zeit hauptamtlicher Funktionär der KPD, danach war er als Kraftfahrzeugschlosser – dieses Handwerk hatte er beim Militär zusätzlich gelernt – in mehreren Marburger Betrieben beschäftigt. Immer wieder wurde er wegen seiner politischen Aktivität entlassen, doch stets suchte und fand er einen neuen Arbeitsplatz.

Nach dem Verbot der KPD 1956 hielt er die Partei in der Illegalität vor Ort zusammen. 1963 fand er eine Arbeit bei der Blindenstudienanstalt. Dort gründete er 1967 den Betriebsrat und war dessen Vorsitzender bis 1980. Hier erreichte er, dass in der Blindenstudienanstalt der Tarifver-

trag des Öffentlichen Dienstes mit Alterszusatzversorgung eingeführt wurde. Auch für die Frauen im Verlag setzte er nun gesicherte Bedingungen durch.

Von 1974 bis 1981 war Josef Dörrich Stadtverordneter der DKP in Marburg.

Zuletzt lebte er zurückgezogen, denn er wurde krank. Manche Jüngere unter den Linken werden ihn gar nicht mehr gekannt haben. In den sechziger und siebziger Jah-

ren aber war er eine Leitfigur der Marburger Linken außerhalb der Universität. Seine große Belesenheit und seine Aufrichtigkeit machten ihn auch zu einem gesuchten Gesprächspartner für Intellektuelle, von denen er so manchen erstmals für seine Sache, die sozialistische, interessiert hat. Er war das eindrucksvollste Gesicht der kommunistischen Bewegung hier in Marburg.

Georg Fülberth



Der neue SprecherInnenrat der Marburger PDS: Hajo Zeller, Ulrike Grünheid, Martin Krieger, Inge Sturm, Bärbel Schwarz und Nico Biver (vlnr.)

## Studiengebühren in Berlin gekippt

Am 4. April hat der Landesparteitag der Berliner PDS eine grundsätzliche Entscheidung gegen Studiengebühren getroffen. Eine deutliche Mehrheit (90 gegen 31) der Delegierten lehnte das Konzept von Wissenschaftssenator Thomas Flierl zur Einführung von Studienkonten ab. Hauptgrund für die Ablehnung war, dass die Studienkonten den § 2, Absch. 10 des Berliner Hochschulgesetzes aufgeweicht hätte, in dem eindeutig festgelegt ist: „Stu-

diengebühren werden nicht erhoben“.

Die Forderung nach einem gebührenfreien Hochschulstudium ist Bestandteil des PDS-Europawahlprogrammes und wurde auch im neuen, mit Zweidrittelmehrheit beschlossenen Parteiprogramm festgeschrieben. Der Landesvorstand der Berliner PDS stellte klar, dass der Beschluss des Landesparteitages, die Fraktion im Abgeordnetenhaus und auch die Senatsmitglieder binde.

# Die Seiten ändern sich.

[www.nd-online.de](http://www.nd-online.de)



**Ab Mai: neue Seiten,  
mehr Inhalt, täglich besser.  
Großes Gewinnspiel!**

**Probe-Abo**  
030 · 24 04 04 00



# Gut gemeint, schlecht gemacht

Rolf Hochhuths Skandal-Stück „McKinsey kommt“ in der Marburger Inszenierung

**Kaum ein Theater-Ereignis der letzten Zeit hatte eine vergleichbare Publizität. Über Rolf Hochhuths „McKinsey kommt“ wurden bislang über 500 Artikel geschrieben, hinzu kommt eine Unzahl von Interviews. Warum die Aufregung, worin besteht der Skandal?**

Angeblich wird in dem Stück zum Mord an Deutsche Bank Chef Ackermann aufgerufen. Doch stimmt das überhaupt? Zunächst einmal hat das Stück einfach ein wichtiges Thema, das viele Leute betrifft und anspricht: das Unwesen der Beraterfirmen, allen voran die amerikanische Firma McKinsey. Diese „Propheten der Effektivität“ sind zurecht gefürchtet und gehasst. Wo McKinsey kommt, rollen Köpfe – oder, wie es in der Wirtschaftssprache heißt, werden Arbeitskräfte „freigesetzt“. Längst hat das Übel auch auf die öffentliche Hand übergegriffen, die in 2002 über 1 Milliarde Euro für Berater ausgab. McKinsey, Berger und Kollegen sitzen mittlerweile in jeder sogenannten Reform-Kommission der Bundesregierung. Sinn und Zweck der Übung ist es, die Verantwortung für Betriebsschließungen, Entlassungen, Lohnkürzungen, Lohnstopps usw. nicht selbst übernehmen zu müssen. Die Aufgabe der Berater ist es, dem Sozialabbau den „Anschein von

objektiver Notwendigkeit“ zu verleihen. Angesichts dieser gefährlichen Entwicklung scheint nichts legitimer, als McKinsey und Co. scharf anzugehen. Doch muss die Frage erlaubt sein, wie denn der gerechte Zorn in Theater umgesetzt wird?

Das ganze Stück ist stark thesenhaft, eine Art Collage aus Zeitungsartikeln, Umfragergebnissen und eingestreuten

Zitaten von Marcuse, Bloch oder Jaspers. Zwischen den fünf Akten singen die Schauspieler alte Revolutionslieder. In der Marburger Inszenierung werden die skandalträchtigen Verse („Tritt' A. nur ‚zurück‘ wie Geßler durch – Tell? Schleyer, Ponto, Herrhausen warnen.“) von echten Arbeitslosen vorgetragen, um den Eindruck von Authentizität zu steigern. Regisseur Peter Radestock lässt im



Barbara Kramer, Matthias Steiger, Thomas Streibig, Christine Reinhardt, Peter Radestock (vlnr.)

letzten Akt Schauspieler die Bühne stürmen, die die Aufführung ‚stören‘. Dies wird zum Anlass, dass Stück auf einer ‚Metaebene‘ zu verhandeln, bzw. gibt Gelegenheit noch einmal damit anzugeben, dass die deutsche Bank „McKinsey kommt“ verbieten wollte.

Doch von einem Mordaufruf kann nicht die Rede sein. Vielmehr warnt Hochhuth Ackermann und Konsorten: Macht nur so weiter Bosse! Aber wundert euch nicht, wenn eines eurer Opfer euch eines Tages mal umbringt. „McKinsey kommt“ ist nicht in erster Linie Warnung an den Raubtierkapitalismus. Und es ist auch nicht wirklich an die Betroffenen gerichtet, deren Unmut und Verzweiflung es eine Stimme geben will. Hochhuths Hauptadressat ist Deutschland, das endlich Schluss mit der erpresserischen Wirtschaftsdiktatur machen soll. Rettung kann für Hochhuth anscheinend nicht von den Betroffenen ausgehen, sondern nur von Vater Staat: „Ich weiß nicht, ob eine Revolution durch die Massen kommen muss. Es gibt auch Revolutionen von oben... Ich bin nicht sicher, ob das von der Straße, von den Massen ausgeht.“

Florian Fuchs

## Steueroase PDS

Natürlich können Sie Ihre Steuer-Cents mit Hilfe des Bundesfinanzministers unwiederbringlich in Castor-Transporte, Eurofighter oder Hindukusch-Abenteuer stecken. Wenn Sie Ihr Geld aber besser anlegen möchten, geben Sie es der PDS.

Das wäre nicht nur gut, weil wir gegenwärtig finanziell etwas klamm sind und das Personal stempeln geht. Sie können uns durchaus Gewinn bringend Geld zustecken. Wenn Sie Eichel eine Spendenbescheinigung zukommen lassen, erstattet er Ihnen die Hälfte.

### Spendenkonto:

**PDS Marburg-Biedenkopf**

**Konto-Nr. 531 243**

**Marburger Bank (BLZ 533 900 00)**

## PDS Kreisverband Marburg-Biedenkopf

Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel.: 06421-16 38 73, Fax: 175618

E-Mail: pds-marburg@t-online.de

Bürozeiten: Mo.-Fr., 10-12 Uhr, Di. u. Do. 14-16 Uhr  
Öffentl. Versammlung: jeweils 1. Dienstag, 19.30 Uhr

# Ockershausen – eine Hommage

Trotz der „gemeinen Leute“ spazierte die Marburger Prominenz gerne nach „Ockershausen“

Was hat Geschichte zu bieten? Ein kleines Dorf, irgendwo in Mittelhessen, direkt in Marburg. Der Arbeitskreis „Heimat und Geschichte“, Teil der Vereinsgemeinschaft Ockershausen, spürt auf alten Pfaden. Und viele Bewohner interessieren sich, erinnern sich, besprechen auch schwierige Lebenszeiten.

„Diese alte Allee besteht aus Obstbäumen, von denen jedoch nur die wenigsten Zwetschenbäume sind. Es ist dies zwar nicht der nächste Weg nach dem, ungefähr eine Viertelstunde von Marburg entfernten Ockershausen, sondern ein bedeutender Umweg; jener führt auf einer ziemlich nahe bei der Stadt auf der Frankfurter Straße rechts sich scheidenden geraden Allee von Linden, wilden Kastanien- und Nussbäumen zwischen Gärten hindurch in dieses am Berge und zum Teil in einer Thalschlucht gelegene Dorf, welches sehr häufig von den Marburgern aller drei Standesabteilungen besucht wird.“ So erinnert sich Sylvester Jordan, Marburger Jura-Professor, einer der Liberalen des deutschen Vormärz und Mitgestalter der kurhessischen Verfassung von 1831.

Die vornehmen Marburger – zu ihnen gehörten Jung-Stilling, die Brüder Grimm, der Kunsthistoriker Carl Justi, die Professoren, die Maler der Willingshäuser Kolonie und die Studenten. Sie alle spazierten also gern nach Ockershausen, aßen Pfannkuchen, tranken Molke oder Tee.

Adolf Reichwein gab Anfang der 20er Jahre seine Ockershäuser Blätter heraus. Allerdings, die schöne Landschaft, die Idylle, zeigen nur einen Teil. Jordan schreibt auch, dass die „fashionable Welt“ an Sonn- und Feiertagen „sich nicht leicht nach Ockershausen wagt, weil hier an solchen Tagen zu viele ‚gemeine Leute‘ genießen würden“.

Denn Ockershausen, eines der Hausdörfer von Marburg, verpflichtet zu Abgaben, war ein Armenhaus. Jordan schreibt, „die Kartoffeln, in beiderlei Gestalten, als Speise und Getränk (Kartoffelschnaps) bilden die Hauptnahrungsmittel das ganze Jahr hindurch“. Heute würde man das Ockershausen der vergangenen Zeiten als einen sozialen Brennpunkt bezeichnen. Das Leben war hart, die Menschen ebenso. In großer Not zeigten sie Solidarität. Aus schierer Armut begab sich das Dorf in die Stadt, ließ sich eingemeinden. Ockershausen blieb dennoch das Dorf – in der Kernstadt:

Hier wohnten vorwiegend Kleinbauern und Dienstleute für Marburg. Es wurde gearbeitet, am Wochenende getrunken und gerauft. Ockershäuser wurden verkauft als Soldaten im amerikanischen Bürgerkrieg, später wanderten sie aus in die neue Welt, um ihr Glück zu suchen. Manche fanden es, wie überliefert ist, manche kamen zurück, aus Heimweh nach dem unvergleichlichen Ockershäuser Himmel.

Ockershausen war rebellisch, politisch rot – Marburgs Gegenstück. Sozialdemokraten, Kommunisten und Bürgermeister mit fortschrittlichen Ideen für die Entwicklung des Dorfes, aber ohne Geld. Legendär der Aufmarsch gegen Napoleon, ausgehend von der „Stiftsschänke“, legendär die „Saalschlacht im Ruppertsberg“, Nazis sollten aus dem Ort vertrieben werden. Während der Zeit des Nationalsozialismus schwenkte das Dorf politisch um. Wie in Marburg gewannen auch hier die Faschisten überdurchschnittlich viele Wählerstimmen. Das änderte sich wieder zum vorherigen Bild. Ockershausen bleibt ein Original. Renate Bastian



Renate Bastian, Mitglied im Arbeitskreis „Heimat und Geschichte“

## Ja, ich will

- das NEUE MARBURG bekommen
- das Parteiprogramm
- die AGENDA SOZIAL der PDS
- das Europa-Programm
- Mitglied der PDS werden

Name  Vorname

Straße  Ort



## Interview

### Bewegung ins EU-Parlament

Tobias Pflüger, Friedensforscher und -aktivist, kandidiert auf PDS-Liste

**Weshalb kandidiert ein unabhängiger westdeutscher Linker heutzutage noch für die PDS?**

Wir haben derzeit mit dem Sozialabbau und der Militarisierung der EU eine politisch sehr zuge-spitzte Situation. Dagegen ist es besonders wichtig, öffentlich und deutlich sichtbar Position zu beziehen. Mit dieser für mich zentralen Motivation habe ich mich auf dem PDS-Parteitag vorgestellt, wobei ich erklärt habe, dass ich vor allem im Bereich Außen- und Militärpolitik arbeiten und dort die Antikriegsposition der PDS stärken möchte. Dafür habe ich auf dem Parteitag ein beeindruckendes Votum bekommen.

**Die Position der PDS zum EU-Verfassungsentwurf war lange Zeit eher positiv. Hat es da einen ernstzunehmenden Wandel gegeben?**

Das PDS-Wahlprogramm bezieht deutlich gegen den Entwurf Stellung. Auch die Spitzenkandidatin Sylvia-Yvonne Kaufmann, die an seiner Ausarbeitung im Konvent beteiligt war und ihm dort zugestimmt hatte, sagt inzwischen nein. Das Votum für meine Kandidatur sehe ich auch als Bestätigung der Ablehnung dieses Verfassungsentwurfs. Schließlich ist meine Position dazu ganz klar, zumal ich zu den Initiatoren der Kampagne gegen den EU-Verfassungsentwurf gehöre, der unter anderem eine Aufrüstungsverpflichtung und das neoliberale Wirtschaftsmodell festschreibt.

**Wenn die PDS die Fünfprozenthürde schafft, werden Sie mit Ihrem Listenplatz ins Parlament einziehen. Werden Sie in Brüssel und Straßburg ein PDS-Vertreter oder einer der sozialen Bewegungen sein?**

Beides. Wenn es denn klappt, werde ich natürlich über die Liste der PDS gewählt, aber ich bin in den sozialen Bewegungen zu Hause und auf dem PDS-Parteitag aus genau diesem Grunde gewählt worden. Es ist für die sozialen Bewegungen wichtig, dass ihre Positionen in der Öffentlichkeit besser sichtbar werden. Dazu will ich als EU-Parlamentarier einiges beitragen. Außerdem kann ich aus einer solchen Position heraus Aktionen unterstützen und zum Beispiel Konferenzen organisieren und nicht zuletzt auch manches für die internationale Zusammenarbeit der sozialen Bewegungen leisten. Es ist im Augenblick sehr viel Unmut über Rotgrün vorhanden, der mit einer Stimme für die PDS-Liste bei der EU-Wahl artikuliert werden könnte.

Gekürzt aus: Junge Welt, 6.2.2004

**Tobias Pflüger spricht am 12. Mai (20.00 Uhr, Hörsaalgebäude) auf einer Veranstaltung des AstA-Referats „Intelligenter Frieden“ und des Marburger Forums über die neue Rolle der Bundeswehr.**



# Was macht ihr eigentlich da?

André Brie über die PDS im Europäischen Parlament

Oft werde ich gefragt, ob PDS-Abgeordnete im Europäischen Parlament überhaupt etwas ausrichten können. Und guten Gewissens antworte ich jedes Mal: Ja, sie können. Zum einen internationalen Widerstand vernetzen, aufklären, informieren, Transparenz herstellen. Zum anderen erlaubt die vergleichsweise angenehme politische Kultur Erfolge, von denen zum Beispiel die PDS im Bundestag nur träumen kann. Europäische Gesetze, Richtlinien und Stellungnahmen des Parlaments tragen nicht selten den Namen Markov- oder Kaufmann-Bericht. Mit zahllosen Änderungsanträgen haben wir Beschlüsse des Europäischen Parlaments geprägt. Nach meiner persönlichen Statistik sind rund 500 meiner Anträge bisher angenommen worden.

Wir haben die Belegschaft des Stahlwerkes Gröditz gegen die EU-Kommission unterstützt und anerkannten Anteil am Erhalt des Werkes und der Arbeitsplätze. Dass die EU-Produktionsbeschränkungen für die Werften in Mecklenburg-Vorpommern wenigstens gelockert wurden, geht in nicht geringem Maße auf unsere Arbeit zurück – ebenso wie positive Veränderungen für die ostdeutsche

Fortsetzung von S. 1

Landwirtschaft oder die Erhöhung der finanziellen Förderung für die Grenzregionen im Erweiterungsprozess. Die Verletzung von Umweltrichtlinien in Brandenburg, die Nichtausschöpfung von Fördermitteln in Mecklenburg-Vorpommern, der Skandal von Antipersonenminen an der griechisch-türkischen Grenze und vor allem die Massenmorde an Gefangenen durch Verbündete der USA und unter Beteiligung US-amerikanischer Soldaten in Nordafghanistan im November 2002 sind durch uns in die Öffentlichkeit gebracht worden.

Als wir 1999 in das Parlament einzogen, haben uns viele Linke mit Hoffnung, einige andere mit Skepsis empfangen, die meisten aber nahmen nicht einmal wahr, dass da eine neue Partei vertreten war. Ein Zustand, der sich grundlegend geändert hat. Die PDS hat einen Namen im Europäischen Parlament. Und das soll so bleiben.

**André Brie, Afghanistan-Beauftragter des EU-Parlaments und PDS-Wahlkampfleiter, spricht am 18. Mai (17.00 Uhr, PDS-Büro) zum Thema „Afghanistan, Irak und kein Ende?“.**

## Europawahlen 2004

### Die PDS-SpitzenkandidatInnen

#### 1. Sylvia-Yvonne Kaufmann

Themen: EU-Verfassung, Friedenspolitik

#### 2. Helmut Markov

Themen: Wirtschaftspolitik

#### 3. Gabi Zimmer

Themen: Sozialpolitik, Frauenrechte

#### 4. Tobias Pflüger

Themen: Friedens- und Außenpolitik

#### 5. Sahra Wagenknecht

Themen: Wirtschafts- und Finanzpolitik

#### 6. André Brie

Themen: Außen- und Sicherheitspolitik, Arbeitsmarktpolitik, Osterweiterung

#### 7. Feleknas Uca

Themen: Menschenrechte und Antirassismus

Kaufmann, Markov, Brie und Uca sind Mitglieder des EU-Parlaments.

1999 bekam die PDS 5,8 % und 6 Sitze.

# Blaue Briefe bei sozialem Defizit

Sahra Wagenknecht über Alternativen zum Europa der Konzerne

Ein anderes Beispiel ist die EU-Osterweiterung. So, wie sie angelegt ist, wird sie absehbar nicht zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Mehrheit der Osteuropäer führen, sondern zum Gegenteil: zum wirtschaftlichen Ruin vieler Bauern, die mit den hochsubventionierten Agrarexporten aus der Alt-EU nicht konkurrieren können und zur Auslöschung vieler kleinerer Gewerbebetriebe, die der Konkurrenz der westeuropäischen Großanbieter ebensowenig gewachsen sind. Hauptprofiteure der Osterweiterung sind daher westeuropäische – insbesondere deutsche! – Großunternehmen, vor allem Autohersteller, Einzelhandelsketten, Nahrungsmittelkonzerne, Banken und Versicherungen, die sich durch rücksichtslose Verdrängung einen riesigen Markt erschließen und zugleich die Möglichkeit erhalten, direkt neben ihrer Haustür eine EU-subventionierte Billiglohn-Werkbank zu errichten.

Die Logik, der die Osterweiterung folgt, ist die gleiche, die die Entwicklung der EU seit ihrer Gründung bestimmt. Im Ergebnis ist knapp anderthalb Jahrzehnte nach Maastricht die Arbeitslosigkeit in der EU weit höher, die Zahl der Armen größer und die Lebenssituation der großen Mehrheit unsicherer als je zuvor seit Ende des II. Weltkriegs. Zugleich gab es noch nie so viele Milliardäre und war das Vermögen der Oberschicht niemals so hoch wie heute.

Ja, ein anderes Europa ist möglich. Eine Koordination der Steuerpolitik, die Mindestsätze in der Besteuerung von Gewinn und Vermögen bindend festschreibt, wäre eine sinnvolle Alternative zum Dumping-

Wettlauf, in dem das Land mit den jeweils niedrigsten Steuern die anderen unter Zugzwang setzt. Gesetzliche Mindestlöhne deutlich oberhalb des derzeitigen Niveaus in Osteuropa wären ein gangbarer Weg, arbeitsplatzvernichtende Produktionsverlagerungen zu verhindern.

In Maastricht wurde die Verringerung der öffentlichen Defizite zum Konvergenzkriterium erhoben. Es wäre natürlich ebenso gut möglich, die europäischen Staaten statt dessen zur Verringerung der

Armut und der Arbeitslosigkeit zu verpflichten, wobei bei Verfehlung blaue Briefe aus Brüssel und Strafzahlungen drohten. Statt eines Aufrüstungs- könnte ein europäischer Verfassungsvertrag natürlich auch ein *Abrüstungs*gebot enthalten und die Verpflichtung zu Frieden und Gewaltfreiheit.

Gekürzt aus: Neues Deutschland, 16.4.04  
Sahra Wagenknecht ist Mitglied des Parteivorstandes der PDS

## Hessische PDS tagte in Marburg



Bürgermeister Egon Vaupel begrüßte am 24. April die Delegierten des PDS-Landesparteitages, der im Sitzungssaal des Stadtparlaments stattfand. Der Parteitag befasste sich vor allem mit der Europapolitik. Bei der Wahl der vier hessischen Delegierten zum Bundesparteitag der PDS erhielt die Marburgerin Renate Bastian alle Delegiertenstimmen. Stadtrat Nico Biver wurde in den PDS-Parteirat gewählt.